

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 05.02.2025

Öffentlicher Teil

TOP 5.2. Antrag der Fraktionen CDU, SPD & Bündnis 90/Die Grünen

Hier: Einführung eines sozialpsychiatrischen Dienstes für Kinder und Jugendliche

0107/2025

Entscheidung

ungeändert beschlossen

Frau Köppen berichtet, dass der gute und ausführliche Bericht über die Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher in Hagen in der letzten Sitzung für diesen fraktionsübergreifenden Antrag ausschlaggebend gewesen sei. Es sei deutlich geworden, dass zu den vielen guten Präventionsmaßnahmen, die man bereits in Hagen vorhalte, dieses Angebot eines sozialpsychiatrischen Dienstes für Kinder und Jugendliche noch fehle. Es sei ein Gemeinschaftswerk, da sich auch der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie damit beschäftige. Es sei klar, dass es sich um ein umfangreiches Projekt handele, das einige Zeit für die Umsetzung benötigen werde.

Herr Schmidt macht deutlich, dass dieser Antrag auch darauf begründet sei, dass grundsätzlich ein Bedarf vorliege. Er könne aus seiner beruflichen Praxis berichten, dass ein großer Bedarf bei Kindern von straffälligen Eltern vorliege. Diese Kinder hätten keine Chance, schnelle Hilfe und einen Ansprechpartner zu finden. Die Wartezeiten bei Kinder- und Jugendpsychologen seien sehr lang. Der im Antrag geforderte sozialpsychiatrische Dienst würde dieser Gruppe sehr helfen.

Frau Soddemann führt in die Thematik ein.

Der Antrag sei über den Jugendhilfeausschuss eingegangen. Man habe im Nachgang darüber gesprochen, dass es auch die Möglichkeit gebe, den sozialpsychiatrischen Dienst im Gesundheitsamt anzudocken. Man habe selbst die Bedarfe dargestellt und teile insoweit diese Einschätzung. Wichtig sei die Erkenntnis, dass es ein Einstieg in einen längeren Prozess sei. Darüber sei man sich einig. Von daher könne die Verwaltung das Anliegen gut mittragen.

Herr Kortwitterborg dankt für den Antrag. Man befindet sich bereits in ersten Vorgesprächen und müsse zunächst eruieren, wo es schon ähnliche Angebote gebe. Das Vorhaben brauche Zeit für die Umsetzung. Die Wichtigkeit des Vorhabens sei bereits dargestellt worden. Probleme sehe man in der Gewinnung von Fachkräften. Er sei dennoch guter Hoffnung, das Vorhaben umzusetzen.

Herr Geitz erklärt, dass seine Fraktion diesen Antrag mittragen werde. Man bewerte dieses Anliegen als wichtig und richtig.

Herr Reinke stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung eines sozialpsychiatrischen

Dienstes für Kinder und Jugendliche zu prüfen.

2. In Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Gesundheit stellt das Jugendamt eine Projektskizze zur möglichen Umsetzung vor.
3. Die Verwaltung berichtet dem Jugendhilfeausschuss zur Jahresmitte 2025 über die notwendigen Schritte.
4. Insbesondere sollen die rechtlichen, organisatorischen, finanziellen und personellen Aspekte dargestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	2		
Bündnis 90 / Die Grünen			
SPD	2		
AfD	1		
Vertreter*innen der Jugendhilfe	7		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 12
Dagegen:
Enthaltungen: